

Wienert, Helmut

Article — Digitized Version

Stahlindustrie erneut im Krisenstrudel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wienert, Helmut (1987) : Stahlindustrie erneut im Krisenstrudel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 3, pp. 140-144

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136256>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stahlindustrie erneut im Krisenstrudel

Helmut Wienert, Essen

**Seit Herbst 1985 befinden sich Stahlnachfrage und -preise nach dreijähriger Erholungsphase erneut auf Tal-
fahrt. In der Folge wuchs und wächst der Druck auf die Unternehmen, weitere Kapazitätsschnitte vorzuneh-
men, den Abbau der Belegschaft zu forcieren und die langfristigen Unternehmensstrategien zu überden-
ken. Hoffnungen, die Anpassungszwänge könnten durch stahlpolitische Regulierungen entscheidend ver-
mindert werden, haben bisher getrogen. Welche Tendenzen zeichnen sich auf den Stahlmärkten ab? Welche
Folgerungen lassen sich für die Stahlpolitik ableiten?**

Im zyklischen Auf und Ab der Stahlproduktion setzt sich seit mehr als zehn Jahren eine immer deutlicher zu erkennende sinkende Grundtendenz durch. Der Höhepunkt der Rohstahlerzeugung der deutschen Stahlwerke war 1974 mit 53 Mill. t erreicht worden, 1979 belief sie sich noch auf 46 Mill. t, und 1986 ist sie gegenüber dem Vorjahr um mehr als 3 Mill. t oder 8 % auf 37,1 Mill.

t zurückgefallen. Bei der Walzstahlerzeugung ist der Rutsch wegen des gestiegenen Ausbringungskoeffizienten etwas weniger stark ausgeprägt; nach Sorten gegliedert war der Rückgang bei Röhrenvormaterial und Profilstählen 1986 besonders stark, während die Feinblecherzeugung fast den Vorjahresstand hielt und die Produktion von überzogenen Blechen sogar um 7 % höher ausfiel. Eine Wende bei der Nachfrage ist bisher ausgeblieben; die Auftragseingänge waren im vergangenen Jahr in der Summe um 10 %, die Auftragsbestände zum Jahresende um rund 20 % niedriger als ein Jahr zuvor. Der seit 1981 beträchtliche Kapazitätsabbau kam 1986 nur noch wenig voran, da die durch Subventionen geförderten Umstrukturierungen ausliefen. Die Auslastung der Anlagen ist daher mit dem Produktionsrutsch deutlich gesunken, und die Lohnstückkosten sind kräftig gestiegen. Bei den Rohstoffkosten stellte sich zwar durch die Schwäche des Dollars bedingt eine starke Entlastung ein, doch der in- und ausländische Wettbewerbsdruck erzwang eine so starke Senkung der Preise, daß sich die Ertragslage, die sich in den drei Jahren zuvor stetig verbessert hatte, im Verlauf des Jahres

1986 erneut verschlechterte¹. Der 1985 ins Stocken gekommene Personalabbau hat daher wieder eingesetzt; Ende 1986 war die Zahl der Beschäftigten um 12500 Personen oder 6 % niedriger als im Jahr zuvor, verglichen mit dem Personalstand von Ende 1976 beträgt die Verminderung 122000 Personen oder fast 40 %.

Ursachen der Nachfrageschwäche

Der Rückgang der Erzeugung stellte sich als Folge stark unterschiedlicher Entwicklungen auf den verschiedenen Märkten ein, die wiederum Folge divergierender welt- und binnenwirtschaftlicher Einflüsse waren: Der Verfall der Ölpreise hatte einen Einkommenstransfer von den Ölanbietern zu den Ölnachfragern zur Folge, und die Schwäche des Dollars verschob die Wettbewerbsrelationen der Anbieter auf den Weltmärkten. Beides erzwang Anpassungen, die Zeit erfordern und sich nicht reibungslos vollziehen, so daß die Weltwirtschaft an Schwung verlor. Die Stahlnachfrage reagiert sehr empfindlich auf gesamtwirtschaftliche Wachstumschübe und -flauten. Für die OECD-Länder gilt in ihrer Summe im längerfristigen Durchschnitt, daß die Industrieproduktion um rund 3 % wachsen muß, damit der Stahlverbrauch gleichbleibt. Wird diese Rate um einen Prozentpunkt über- oder unterschritten, so wächst oder fällt der Stahlverbrauch um jeweils rund zwei Prozentpunkte.

Der wegen dieses allgemeinen Zusammenhangs angesichts der internationalen Wachstumsschwäche ohnehin zu erwartende Druck auf die Stahlnachfrage

Dr. Helmut Wienert, 37, ist Referent für Eisen und Stahl am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen.

¹ Vgl. dazu Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur aktuellen Entwicklung von Erlösen und Kosten der Stahlindustrie, in: Konjunkturbrief 3/1986.

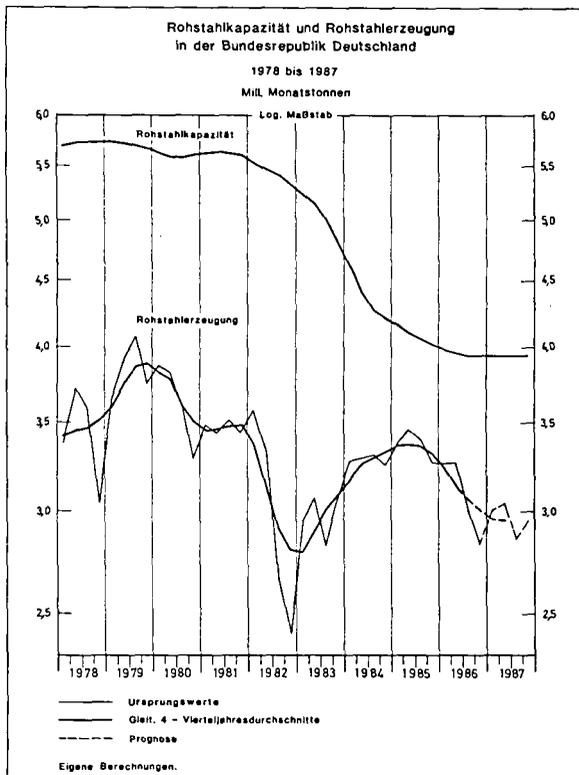
wurde durch den Zusammenbruch des Stahlrohrmarktes, der zu einem erheblichen Teil durch die Förderung und Exploration von Öl und Gas geprägt ist, verstärkt. Hinzu gesellte sich ein durch den Verfall der Stahlpreise angeregter Abbau der Stahlbestände in den Lagern der stahlverarbeitenden Industrien.

Die Nachfrageschwäche auf den internationalen Märkten traf die Stahlindustrien, deren Währungen stark aufgewertet worden waren, doppelt hart, da sie angesichts des starken Wettbewerbsdrucks zusätzlich Marktanteile abgeben mußten. Der Export der deutschen Stahlindustrie in Drittländer ist 1986 um rund 3 Mill. t Rohstahlgewicht oder 25 % gesunken. Die stärksten Einbußen ergaben sich dabei im Geschäft mit China sowie den Ölländern in Afrika und dem Mittleren Osten; der Rückschlag im Export in die Vereinigten Staaten fiel dagegen wegen der bestehenden Marktanteilsregelungen bescheidener aus. Da das Preisniveau in der Europäischen Gemeinschaft für Anbieter aus dem Dollarraum wechselkursbedingt attraktiv wurde, sind die Einfuhren in die Bundesrepublik trotz der beträchtlichen Rücknahme der inländischen Preise deutlich gestiegen. Der inländische Stahlbedarf war 1986 ungefähr so groß wie im Jahr zuvor; bedingt durch das Vordringen der Einfuhren ist der Inlandsabsatz der deutschen Werke also

etwas gesunken. Zugferde des inländischen Bedarfs waren der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik; ihr Mehrbedarf konnte die starken Einbußen beim Absatz an die Röhrenwerke und den Schiffbau ausgleichen.

Für 1987 ist ein solcher Ausgleich nicht mehr zu erwarten. Auch wenn man den sich abzeichnenden Bedarfszuwachs der Bauwirtschaft einbezieht, muß nach der in den letzten Monaten deutlichen Eintrübung der Industriekonjunktur in der Summe mit einem Rückgang des inländischen Stahlverbrauchs gerechnet werden. Berücksichtigt man ferner, daß vom Stahlaußenhandelsaldo vermutlich eher negative als positive Impulse ausgehen werden, so ist für das laufende Jahr ein weiterer Rückgang der Rohstahlerzeugung um rund 1 bis 2 Mill. t zu erwarten (vgl. Schaubild). Preisanhebungen werden sich in diesem Umfeld vermutlich nur schwer durchsetzen lassen. Wenn die wechselkursbedingte Kostenentlastung ausläuft und die vereinbarte Verteuerung beim Arbeitseinsatz voll wirksam wird, könnte sich der Druck auf die Erträge noch erhöhen. Die in letzter Zeit von einigen Unternehmen angekündigten zusätzlichen Verminderungen bei Kapazität und Belegschaft sind offensichtlich von solch aktuellen Befürchtungen, aber auch von den sich abzeichnenden längerfristigen Entwicklungstendenzen hervorgerufen worden.

Schaubild



Längerfristige Entwicklungstendenzen

In den letzten zwanzig Jahren haben sich auf den internationalen Stahlmärkten erhebliche Gewichtsverlagerungen ergeben. Der Anteil der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Länder der Europäischen Gemeinschaft an Stahlverbrauch und -produktion in der Welt ist kontinuierlich zurückgegangen, während sich der Anteil der Schwellen- und Entwicklungsländer stetig erhöht hat (vgl. Tabelle 1 und 2). Für die weitgehend parallele Entwicklung der Anteile bei Verbrauch und Produktion sind eine Reihe von Gründen verantwortlich: Durch die relativ hohen Transportkosten beim Stahlabsatz bedingt, haben in den Zentren des Verbrauchs produzierende Anbieter gegenüber anderen bei sonst gleichen Kosten Wettbewerbsvorteile. Zwar ist dieser „Marktschutz“ durch die in den sechziger und siebziger Jahren stark gesunkenen Transportkosten im Seeverkehr geringer geworden, doch ist er nach wie vor von Bedeutung. Bei verschiedenen Produktgruppen, insbesondere im Flachstahlbereich, haben die „nahen“ Anbieter zudem erhebliche Führungsvorteile mit wichtigen Stahlverarbeitern; beides zusammen ermöglicht ein vergleichsweise hohes Preisniveau auf den nahen Märkten. Nicht zuletzt deshalb ist ein hinreichend großer „hei-

mischer“ Markt die Basis für die Teilnahme am durch große Preisausschläge gekennzeichneten Exportgeschäft. Eine starke „Exportlastigkeit“ des Stahlabsatzes beinhaltet ein erhöhtes Ertragsrisiko und wird deshalb von den Stahlunternehmen in der Regel auf lange Frist nicht angestrebt. Zwar haben unerwartete Absatzeinbrüche im Binnenmarkt vermehrte Exportanstrengungen zur Folge; sie haben aber nur dann Erfolg, wenn die Nachfrageschwäche regional begrenzt ist, da sonst die bedrängten Stahlindustrien bei den Preissenkungen mithalten.

Die Krise der Stahlindustrie in den hochentwickelten Industrieländern ist vornehmlich² Folge der in den Investitionsplanungen nicht antizipierten Flaute der inländischen Stahlnachfrage: im Vergleich zum Jahr 1979 war der Stahlverbrauch im Jahre 1985 in den Vereinigten Staaten um 30 Mill. t oder rund 20%, in der Europäischen Gemeinschaft um 17 Mill. t oder 14% niedriger, der in den Schwellen- und Entwicklungsländern (einschließlich China) dagegen um 40 Mill. t oder fast 30% höher.

Ursächlich für die unterschiedliche Verbrauchsdynamik ist das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung³. Das noch unausgeschöpfte Industrialisierungspotential der Entwicklungsländer ermöglicht diesen eine raschere gesamtwirtschaftliche Expansion als in den Industrieländern, in denen der Anteil des verarbei-

tenden Gewerbes am Sozialprodukt inzwischen zugunsten des Dienstleistungsanteils sinkt und in denen sich der Ausstattungsgrad bei wichtigen stahlintensiven Konsumgütern der Sättigungsgrenze angenähert hat. Da die Stückzahl der Erzeugung stahlhaltiger Güter dort somit kaum noch steigt, schlagen sich der stahlsparende technische Fortschritt sowie der Substitutionswettbewerb in sinkendem Gesamtbedarf an Stahl nieder.

Technologische Entwicklungen

Die durch die Verbrauchsentwicklung angeregte Aufnahme der Stahlproduktion in den Entwicklungsländern wurde durch technologische Veränderungen des Erzeugungsprozesses begünstigt, denn mit der Entwicklung leistungsstarker Kleinstahlwerke ist die Aufnahme einer rentablen Stahlerzeugung schon bei einem Absatz von wenigen tausend Jahrestonnen möglich geworden. Nicht zuletzt deshalb hat sich die Zahl der Länder mit eigener Stahlerzeugung, die sich von 1950 bis 1970 nur von 36 auf 54 erweitert hatte, auf inzwischen weit über

² Zu weiteren Aspekten vgl. H. Wienert: Ein Ende der Stahlkrise ist nicht in Sicht, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 63. Jg. (1983), H. 2, S. 72 ff.

³ Dieser Zusammenhang ist ausführlich dargelegt in H. Wienert: Stahlverbrauch und Wirtschaftswachstum – Regressionsergebnisse für 34 Länder und einige Schlußfolgerungen für die Prognose, in: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 36. Jg. (1985), S. 147-162.

Tabelle 1
Entwicklung von Stahlverbrauch, -erzeugung und Außenhandelsaldo für ausgewählte Länder 1969 bis 1985

Region	Stahlverbrauch ¹				Stahlerzeugung				Außenhandelsaldo			
	1969	1973	1979	1985	1969	1973	1979	1985	1969	1973	1979	1985
	Mill. t Rohblockäquivalente											
USA	138,7	151,0	144,1	113,1	128,8	138,4	127,0	86,1	-9,9	-12,6	-17,1	-27,0
EG (10)	121,0	131,1	122,0	105,4	136,0	152,6	148,7	135,6	15,0	21,5	26,7	30,2
Japan	62,7	91,7	83,9	85,1	82,8	123,7	121,9	122,1	20,1	32,0	38,0	37,0
übrige westliche Industrieländer	49,5	62,3	62,9	60,9	43,1	57,2	69,5	75,1	-6,4	-5,1	6,6	14,2
Schwellen- und Entwicklungsländer	37,9	59,1	97,7	107,9	21,1	28,7	58,0	80,8	-16,8	-30,4	-39,7	-27,1
China und Nord-Korea	20,4	33,6	49,8	80,4	18,0	28,1	39,8	55,1	-2,4	-5,5	-10,0	-25,3
UdSSR und Osteuropa	147,8	178,5	214,0	220,4	148,3	179,7	212,7	219,2	0,5	1,2	-1,3	-1,2
Welt	578,0	707,3	774,4	773,2	578,1	708,4	777,6	774,0	0,1	1,1	3,2	0,8
	Anteil ² in %											
USA	24,0	21,3	18,6	14,6	22,3	19,5	16,3	11,1	-27,7	-22,6	-23,0	-32,8
EG (10)	20,9	18,5	15,8	13,6	23,5	21,5	19,1	17,5	42,0	38,5	35,8	36,7
Japan	10,8	13,0	10,8	11,0	14,3	17,5	15,7	15,8	56,3	57,3	51,0	45,0
übrige westliche Industrieländer	8,6	8,8	8,1	7,9	7,5	8,1	8,9	9,7	-17,9	-9,1	8,9	13,7
Schwellen- und Entwicklungsländer	6,5	8,4	12,6	14,0	3,6	4,1	7,5	10,4	-47,1	-54,5	-53,3	-33,0
China und Nord-Korea	3,5	4,8	6,4	10,4	3,1	4,0	5,1	7,1	-6,7	-9,9	-13,4	-30,8
UdSSR und Osteuropa	25,6	25,2	27,6	28,5	25,7	25,4	27,4	28,3	1,4	2,2	-1,7	-1,5

Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

¹ Marktversorgung = Produktion – Einfuhr + Ausfuhr. ² Für Außenhandelsaldo: Anteil an der Summe der Nettoexporte der Regionen.

Tabelle 2
Entwicklung der Rohstahlerzeugung in ausgewählten jungen Stahlländern 1980 bis 1986
 (in Mill. t)

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Türkei	2536	2425	3183	3834	4330	4950	5956
Jugoslawien	3634	3977	3840	4134	4236	4480	5270
Brasilien	15309	13226	12995	14671	18386	20454	21236
Venezuela	1975	2030	2278	2320	2770	3055	3456
Saudi-Arabien	—	—	—	400	842	1106	1250
Indien	9514	10780	10997	10237	10549	11541	11850
Süd-Korea	8558	10753	11758	11915	13034	13539	14555
Taiwan	3417	3157	4152	5031	5008	5100	5235
VR China	37121	35604	37160	40021	43319	46724	51900

Nach Angaben des International Iron and Steel Institute (IISI).

100 erhöht. Die Kleinstahlwerke produzieren vorwiegend leichte Profilstähle (auf Basis von Schrott); integrierte Großwerke mit Roheisen- und Rohstahleinsatz zur Erzeugung von Flachstählen setzen dagegen einen Jahresabsatz von mindestens 1,5 bis 2 Mill. t voraus, und diese Verbrauchsmenge wird derzeit erst von rund zwanzig Entwicklungs- und Schwellenländern erreicht. Ein Dutzend weiterer Länder dürfte allerdings in den nächsten Jahren in diese Größenordnung hineinwachsen, und die technologische Entwicklung könnte schon in absehbarer Zeit dazu führen, daß auch die Flachstahlerzeugung bei geringerem Jahresausstoß rentabel gestaltet werden kann.

Für die Stahlunternehmen in den Industrieländern zeichnen sich deshalb mittelfristig auf den wachsenden Märkten der Entwicklungsländer keine zusätzlichen Exportchancen ab. Im Gegenteil ist vielmehr mit wachsendem Importdruck zu rechnen, da von den Entwicklungsländern beim Aufbau der eigenen Erzeugung häufig ein Exportanteil von 20 bis 30 % angestrebt wird, um die beim Bau der Stahlwerke eingegangenen Devisenverpflichtungen begleichen zu können. Eine Auflösung des gegenwärtigen Kapazitätsüberhangs in den Industrieländern wäre nur dann zu erwarten, wenn ihr innerer Stahlverbrauch entsprechend zulegen würde. Dies setzt gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten voraus, die im Trend 3 % übersteigen. Nach den vorliegenden Prognosen ist mit einer solchen Dynamik aber nicht zu rechnen, und in der Folge dürfte der Stahlverbrauch der Industrieländer weiter rückläufig sein. Der Zwang zur Stilllegung von Produktionskapazität wird demnach vermutlich anhalten. Dies wirft die Frage auf, wie dieser Prozeß wirtschaftspolitisch begleitet werden soll.

Die bisherige Stahlpolitik⁴ in der Europäischen Gemeinschaft setzte vornehmlich auf Strukturkonservierung. Zwar wurde auch das „Kleinersetzen“ und Modernisieren der Anlagen gefördert, drastische Kapazitäts-

schnitte durch das Ausscheiden von weniger leistungsfähigen Anbietern wurden indes durch ein Bündel von wirtschaftspolitischen Maßnahmen erschwert. Die auf den Stahlmärkten ohnehin hohen Marktaustrittsbarrieren wurden durch Subventionen, Produktionsquoten und Außenschutz nahezu unüberwindlich, und so konnte es kaum überraschen, daß die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft gewährten Anreize zur Einschränkung der Produktionskapazität nicht hinreichten, um das Angebot mit der schrumpfenden Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen. Der Wettlauf zwischen diesen beiden Größen gleicht bisher dem Rennen zwischen Igel und Hase. Ohne grundlegende Änderungen der stahlpolitischen Strategie zeichnet sich eine solche Entwicklung auch für die Zukunft ab. Die zeitliche Streckung der Anpassungslast muß bei tendenziell rückläufiger Nachfrage zu einem permanenten Anpassungsstau führen; der angestrebte Erhalt aller Produktionsstandorte „im Kern“ macht die Stahlerzeugung wegen Doppelinvestitionen, schlechterer Auslastung und höherer Transportkosten teurer als sonst und behindert so die Herausbildung längerfristig aus eigener Kraft lebensfähiger wirtschaftlicher Einheiten.

Bislang wurde der Druck zum Abbau der Produktionskapazität vor allem dadurch ausgeübt, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft die Genehmigung nationaler Subventionszahlungen von Zusagen über Kapazitätsverminderungen abhängig machte. Seit Anfang 1986 sind weitere Subventionsgenehmigungen durch Beschluß des Ministerrates untersagt, so daß an-

⁴ Vgl. dazu z. B. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): *Stahlkrise – Ist der Staat gefordert?*, Schriftenreihe N. F. 45, Berlin 1985; L. Tsoukalis, R. Strauss: *Crises and Adjustment in European Steel: Beyond Laissez Faire*, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 23 (1985), S. 207 ff.; H. K. Schneider: *Steel Crisis: Consequences of European Steel Policy After World War II*, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Vol. 142 (1986), S. 138 ff.; sowie H. Krägenau: *Stahlpolitik und Strukturanpassung in der EG*, HWWA-Report, Nr. 72, Hamburg 1986.

dere Instrumente zur Verfolgung dieses Ziels erforderlich sind. Die Kommission unterstützt aus diesem Grund Bemühungen des Kartells der integrierten Stahlwerke (Eurofer), durch Ausdehnung des Handels von Produktionsquoten zu einer Konzentration der Erzeugung und zur Stilllegung überschüssiger Anlagen zu gelangen. Diese – einem Vorschlag des Sachverständigenrats⁵ entlehnte – Strategie wäre indes nur erfolgversprechend, wenn die Quotenrechte zeitlich klar befristet und wirklich frei handelbar wären. Beides ist nicht der Fall. Nach den bisherigen Erfahrungen sind Prolongation und Modifikation der Quoten trotz gegenteiliger Versicherungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft nicht auszuschließen, und die faktische Standortgarantie durch die Regierungen schränkt zusammen mit dem beschäftigungspolitischen Druck auf die Unternehmensleitungen die freie Handelbarkeit ein. Deshalb besteht die Gefahr, daß der nun ins Auge gefaßte verstärkte Quotenhandel die ohnehin starke Tendenz zur Festschreibung dirigistischer Lenkungsmaßnahmen verstärkt.

Aussichten einer Kapazitätsbereinigung

Eine hinreichende Kapazitätsbereinigung mit Hilfe des Handels von Quoten ist demnach zwar theoretisch möglich, angesichts der beschriebenen Hindernisse aber nicht zu erwarten. Zwar gibt es auch Tendenzen, den Unternehmensleitungen durch Sozialplanhilfen oder Belegschaftsübernahmegesellschaften wieder größeren Handlungsspielraum zu geben, doch sind diese Instrumente angesichts des Umfangs der vermutlich noch ausstehenden Freisetzungen von begrenztem Wert, sofern die Mittel dafür nicht erheblich aufgestockt werden. Setzt man zur Verdeutlichung der erforderlichen Dimension überschlägig Lohnausgleichsaufwendungen von 50000 DM je Jahr und Betroffenen sowie 60000 Betroffene an, so ergibt sich eine Größenordnung von 3 Mrd. DM je Jahr. Staatliche Aufwendungen in dieser Höhe wären finanzwirtschaftlich sicherlich be-

denklich, doch trifft dies auch auf Zuwendungen für eine Reihe anderer Branchen zu, die erst kürzlich aufgestockt wurden. Noch gravierender sind ordnungspolitische Einwände, da eine solche „Lösung“ der Freisetzungsproblematik von Branchen, die unter Anpassungsdruck geraten sind, weitreichende Konsequenzen für den Allokationsprozeß hätte, zumal sie vermutlich Schule machen würde.

Entwicklungen in diese Richtung und Größenordnungen zeichnen sich indes nicht ab; nach den bisherigen Erfahrungen mit stahlpolitischen Abläufen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist vielmehr eine Fortführung der fallweisen stahlpolitischen Interventionen aus industrie-, regional-, sozial- und europapolitischen Erwägungen heraus zu erwarten⁶. Die Sozialverträglichkeit eines solchen Weges mag man politisch höher einschätzen als die einer marktwirtschaftlichen Lösung durch Wettbewerb. Die Hoffnung, dadurch in der Summe Beschäftigung und Einkommen zu sichern, ist allerdings nicht gerechtfertigt; die Lasten, die den betroffenen Branchen, Regionen und Arbeitnehmern abgenommen werden, sind dann von anderen zu tragen, und dies wird vermutlich nicht ohne Auswirkungen auf deren Bereitschaft und Fähigkeit bleiben, neue Wachstumschancen aufzuspüren und wahrzunehmen⁷. Es zeigt sich inzwischen immer deutlicher, daß der Weg, regional-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Probleme durch stahlpolitische Instrumente zu lösen, in eine Sackgasse geführt hat.

⁵ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1983, Ziffer 51 ff., Stuttgart und Mainz 1983; sowie derselbe: Jahresgutachten 1985, Ziffern 350 ff., Stuttgart und Mainz 1985.

⁶ Vgl. dazu H. To m a n n : Die neue EG-Stahlmarktordnung: Einstieg in die Liberalisierung?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 65. Jg. (1985), H. 12, S. 619 ff.

⁷ Vgl. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Stahlpolitik in der Europäischen Gemeinschaft – Im eigenen Netzwerk gefangen?, in: Konjunkturbrief 7/1985.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Klaus Fertig

ÖLANGEBOTSMODELLE: ENTSCHEIDUNGSHILFEN FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK?

Größoktav, 236 Seiten, 1986, brosch. DM 46,-

ISBN 3-87895-302-X

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG